

Nigeria wankt – nicht nur wegen Boko Haram

Die ökonomischen, gesellschaftlichen und humanitären Krisen verstärken sich gegenseitig

Wolf Kinzel

Nigeria war in der Vergangenheit hauptsächlich wegen Boko Haram im Fokus der breiten Öffentlichkeit. Gemäß der Regierungsrhetorik soll die Terrorgruppe bereits besiegt sein, doch tatsächlich kämpfen die nigerianischen Streit- und Sicherheitskräfte weiterhin gegen die bewaffneten Islamisten. Nahezu tägliche Sabotageakte im Niger-Delta gegen die Infrastruktur der Ölproduktion haben – ebenso wie der niedrige Ölpreis – den Staat Nigeria an den wirtschaftlichen Abgrund gebracht. Doch das Land sieht sich noch anderen Herausforderungen gegenüber: Im Nordosten droht eine gewaltige Hungerkatastrophe, im Middle Belt gärt der Konflikt zwischen Ackerbauern und Viehhirten und im Südosten wird die Unabhängigkeit von Biafra gefordert. Ohne Unterstützung von außen droht das bevölkerungsreichste Land Afrikas und wirtschaftlich wichtigste in Westafrika aus den Fugen zu geraten. Da die Sicherheitskräfte die Hauptlast der Krisenbewältigung tragen, sollte der Fokus externer Partner auf der Professionalisierung und Erhöhung der Legitimität von Armee und Polizei liegen.

Boko Haram war 2014 die weltweit tödlichste Terrorgruppe. In Nigeria starben 6136 Menschen durch ihre Angriffe. 2015 waren es noch 4095 Menschen, dazu kamen 1382 Tote in den Nachbarländern Kamerun, Tschad und Niger (Global Terrorist Index 2016). Im Dezember 2015 verkündete der Präsident Nigerias Muhammadu Buhari, Boko Haram sei »technisch besiegt«. Armeechef Tukur Buratai bestätigte am 18. Oktober 2016, Boko Haram sei nun endgültig bezwungen. Die nun noch stattfindenden Attacken würden von Kämpfern begangen,

die von außerhalb des Landes kommen. Dies darf bezweifelt werden. Aber in der Tat hat sich auch die Sicherheitslage im Grenzgebiet zum Tschad und in Kamerun weiter verschlechtert. Es ist unklar, ob der von den Vereinten Nationen (VN) verzeichnete Anstieg von Viehdiebstählen im Tschad, nahe der Grenze zu Nigeria, auf Raubzüge von Boko-Haram-Kämpfern zurückgeht oder Folge der allgemeinen Nahrungsmittelknappheit im Nordosten Nigerias ist.

Klar scheint dagegen zu sein, dass sich Boko Haram gespalten hat. Der Islamische

Staat (IS) hat Abu Musab al-Barnawi, angeblich Sohn von Boko-Haram-Gründer Mohammed Yussuf, zum neuen Führer der Terrormiliz ernannt. Aber auch der zwischenzeitlich für tot erklärte Führer Abubakar Shekau hat sich in einem Video zurückgemeldet und will, offenbar in Konkurrenz zu al-Barnawi, beweisen, dass mit ihm weiterhin zu rechnen ist. Shekau hat sich in die Ursprungsgebiete Boko Harams im Nordosten Nigerias und die Grenzzonen zum Tschad, zu Kamerun und Niger zurückgezogen und überzieht die Region mit Bombenanschlägen, Selbstmordattentaten und Raubüberfällen, vorwiegend auf die Zivilbevölkerung.

Der Boko-Haram-Flügel, der al-Barnawi untersteht, wird seine Angriffe dagegen eher gegen staatliche Stellen, Kirchen, Ausländer und internationale Organisationen richten, so wie es der IS schon länger fordert mit der Begründung, dass man durch Terror nur gegen die Zivilbevölkerung den Rückhalt und damit mittelfristig die Existenzgrundlage verliere.

Ob diese Spaltung Boko Haram schwächt, ist indes ungewiss. Shekau dürfte durch die Strategie, die Gewaltausübung wieder auf die Region zu konzentrieren, in der Boko Haram tief verankert ist, dort die Grundlagen für einen Dauerkonflikt gelegt haben. Die neue Gruppe um al-Barnawi könnte eine völlig neue Qualität des Terrors entwickeln und das Ziel verfolgen, IS-Kämpfer nach Westafrika einsickern zu lassen. Falls sich der Verdacht bestätigt, dass die 2015 und 2016 im Senegal gefassten Terrorverdächtigen tatsächlich in Verbindung zu Boko Haram standen, könnte dies für eine Ausbreitung der Terrormiliz nach Westafrika sprechen (zu weiteren Hintergründen siehe auch »Jihadismus in Afrika«, SWP-Studie 7/2015, März 2015).

Von einem endgültigen Sieg der Sicherheitskräfte kann folglich keine Rede sein. Selbst wenn es sich bei den jüngsten Terrorakten um letzte Aufwallungen der beiden Flügel von Boko Haram handelte, stünde die nigerianische Regierung vor einer Fülle von sicherheitspolitischen Herausforderungen. So hat sich aufgrund der Schwäche der re-

gulären Sicherheitskräfte eine große Anzahl von lokalen Bürgerwehren gebildet. Sie müssten nun unter staatliche Kontrolle gebracht werden. Doch die Entwaffnung und Entmachtung dieser Milizen wird den Sicherheitsorganen Nigerias große Probleme bereiten.

Hungersnot und Binnenflucht

Aufgrund der desaströsen Sicherheitslage ist die Agrarwirtschaft und die Nahrungsmittelversorgung im Nordosten Nigerias fast zusammengebrochen. UNICEF spricht von über 4 Millionen Menschen, die von einer akuten Hungersnot bedroht sind, eingerechnet die etwa 2,6 Millionen Binnenflüchtlinge. Die VN-Organisation befürchtet, dass binnen weniger Monate 75 000 Kinder in der Region an Unterernährung sterben könnten.

Die Marginalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen, Perspektivlosigkeit, eine marode Infrastruktur und fehlende Staatlichkeit sind die Facetten des düsteren Bilds, das Nigeria derzeit abgibt. Verglichen mit 2009, dem Jahr der Radikalisierung von Boko Haram, ist die Situation für die Menschen im Nordosten heute sogar noch schlimmer. Wenn man bedenkt, dass die genannten Missstände das Entstehen von Boko Haram stark begünstigt haben, wird deutlich, wie brisant die Lage weiterhin ist. Im Nordosten leben außer den Binnenflüchtlingen knapp 60 Millionen Nigerianer unterhalb der absoluten Armutsgrenze. Das erneute Auftreten der Polio-Krankheit, die eigentlich als besiegt galt, ist Ausdruck der desolaten humanitären Lage.

Gegenwärtig sind die Binnenflüchtlinge zu arm, um aus Nigeria zu fliehen. Doch schon jetzt stellen die Nigerianer die mit Abstand größte Gruppe der in Italien ankommenden Flüchtlinge. Allerdings stammen diese (noch) nicht aus dem Nordosten. Eine der zentralen Flüchtlingsrouten über den Knotenpunkt Agadez im Niger liegt nicht weit entfernt, Nigerianer können mit ihrem ECOWAS-Pass die Grenze ungehindert passieren.

Bauern und Nomaden

Im sogenannten Middle Belt (Bundesstaaten Benue, Plateau, Kaduna und Nassarawa) schwelt schon seit Jahrzehnten ein Konflikt zwischen nomadisierenden Viehhirten, die mehrheitlich der Fulani-Ethnie angehören, und sesshaften Farmern. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen gab es 2014 über 1000 und 2015 mehrere Hundert Tote. Manche Quellen sprechen von bis zu 60 000 Toten in den letzten 15 Jahren. Das wären mehr Opfer, als auf das Konto von Boko Haram gehen. Es sind mehrere Faktoren, die zur Eskalation des Konflikts zwischen Farmern und Viehhirten beitragen: Eine stark ansteigende Bevölkerungszahl hat in Verbindung mit dem im Norden Nigerias spürbaren Klimawandel zu einer weiteren Verknappung der Ressourcen Land und Wasser geführt. Zudem hat der Konflikt auch eine religiöse Komponente: Die Viehhirten sind mehrheitlich Muslime, die Bauern vorwiegend Christen. Die weitgehende Abwesenheit von Staatlichkeit hat auf beiden Seiten zu einer fortgeschrittenen Militarisierung geführt. Eine staatliche Strafverfolgung findet faktisch nicht statt.

Angriffe auf die Ölindustrie

Im Niger-Delta machte zur Jahreswende 2015/16 die Aktivistengruppe »Niger Delta Avengers« (NDA) mit einer Serie von Anschlägen auf Ölförderinstallationen und Pipelines auf sich aufmerksam. Die NDA drohten damit, die Ölfördermenge auf null zu reduzieren, wenn nicht ihre Forderungen nach einer stärkeren Beteiligung der Region an den Öleinnahmen erfüllt werden. Die von der Regierung anvisierte tägliche Ölfördermenge von 2,2 Millionen Barrel reduzierte sich im Frühjahr 2016 durch die Attacken auf etwas über die Hälfte (die Angaben differieren je nach Quelle). Die Angreifer fügten der finanziellen Lebensader Nigerias damit größeren Schaden zu, als es Boko Haram je vermochte. Nigerias Staatseinnahmen stammten zuvor zu über 70 Prozent aus den Erlösen des Erdölverkaufs, die bereits durch den niedrigen

Ölpreis am Weltmarkt eingebrochen waren. Neben den NDA traten noch andere Akteure auf den Plan, die mit eigenen Anschlägen ihre Ansprüche auf einen Anteil an den Ölrenditen anmeldeten. Die Lage und die Verbindungen der Gruppen untereinander sind unübersichtlich. Das Spektrum reicht von kriminellen Banden, die darauf hoffen, sich mit solchen Angriffen »ihren« Teil an der zu erwartenden »Beute« sichern zu können, und Schutzgelderpressern, die sich sozusagen als Garanten von Sicherheit anbieten, bis zu Bewegungen, die wirklich für eine Verbesserung ihrer Lebensumstände kämpfen und Gewalt als einzig erfolgreiches Mittel sehen. Von allen Seiten akzeptierte Verhandlungsführer sind praktisch nicht zu ermitteln, die artikulierten Ziele oft nicht miteinander vereinbar.

Eine altbekannte Gruppe, die »Movement for the Emancipation of the Niger Delta« (MEND), hatte auf der Basis einer Amnestievereinbarung von 2009 monatliche Zahlungen erhalten, die Buhari zum Jahreswechsel 2015/16 einstellte. Die MEND wollte eine Fortsetzung der Zuwendungen erzwingen. Teilweise aber waren diese Zahlungen innerhalb der Organisation versickert, weshalb sich viele Mitglieder, die sich betrogen fühlten, anderen Rebellengruppen anschlossen.

Die Regierung bemüht sich, mit verschiedenen militärischen Operationen (»Pulo Shield«, ab Juni 2016 »Delta Safe«) der Lage im Niger-Delta Herr zu werden. Neu an der im August 2016 begonnenen Operation »Crocodile Smile« ist die angebliche Einbeziehung der Zivilbevölkerung. Medizinische Unterstützung und der Bau von Schulen und Infrastruktur sollen die Perspektiven der Menschen verbessern und den Rückhalt für die Rebellen schwächen. Ob dieser neue Ansatz in Anbetracht der schwierigen finanziellen Lage wirklich umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Die Zahlungen an die MEND jedenfalls wurden, wenn auch reduziert, wieder aufgenommen.

Im Übrigen kam es Anfang 2016 aufgrund der stärkeren Konfrontation im Delta zum Erliegen aller Piraterie-Aktivitäten vor

der nigerianischen Küste, was die enge Vernetzung der Akteure beweist.

Biafra

Im Südosten Nigerias gibt es eine neue Bewegung, die eine Herausforderung für die Sicherheitskräfte darstellt, die »Indigenous People of Biafra« (IPOB). Mit ihrem charismatischen Führer Nnamdi Kanu, dem Chef des aus London sendenden Radio Biafra, hat die IPOB starken Zuspruch in der örtlichen Bevölkerung gefunden, die sich zunehmend marginalisiert sieht. Die Sicherheitskräfte begegnen der zumindest verbal zunehmend gewaltbereiten Bewegung erneut mit übertriebener Härte und Aktionen, die Hilflosigkeit verraten, und eskalieren die Konfrontation damit eher statt sie einzudämmen.

Derzeit versuchen die Streitkräfte, mit der zeitlich befristeten Operation »Python Dance« (27. November bis 27. Dezember 2016) die Situation unter Kontrolle zu bringen. Es bleibt abzuwarten, ob ihnen dies gelingt. Die Forderung nach Unabhängigkeit scheint auf die Ethnie der Igbos beschränkt zu sein. Es lässt sich schwer abschätzen, wie stark der Rückhalt dafür in der Region ist. Die große Mehrheit der Nigerianer hält die Idee von einem neuen Biafra eher für abwegig.

Handlungsoptionen

Nigeria benötigt schnelle, umfangreiche und vor allem langfristige Hilfe. Der niedrige Ölpreis, die immense Arbeitslosigkeit, die sinkende Wirtschaftsleistung, Einfuhrbeschränkungen, nicht gezahlte Gehälter und eine hohe Inflation (18,5% im November 2016) verschärfen die oben genannten Konflikte und schränken die Handlungsoptionen der Regierung weiter ein. Diese beschäftigt sich momentan damit, die Krisensymptome zu behandeln, mit eher mäßigem Erfolg. Belehrungen und Schuldzuweisungen von außen mögen zwar in der Sache berechtigt sein, prallen aber am stark ausgeprägten Stolz der Nigerianer ab. Nigeria ist und bleibt für die internationale Gemein-

schaft ein in jeder Hinsicht schwieriger Partner.

Deutschland ist aber in einer vergleichsweise guten Ausgangsposition, um zu helfen: Die Bundeskanzlerin hat als Vorsitzende der G7 im Juni 2015 mit der Einladung des frisch gewählten Präsidenten Buhari, dem man durchaus ein ernsthaftes Bemühen um »Good Governance« unterstellen darf, das Startsignal für eine stärkere internationale Wahrnehmung Nigerias gesetzt, die aus Sicht des westafrikanischen Landes längst überfällig war. Darüber hinaus hat die EU Nigeria im Juni 2016 als eines von fünf »first priority countries« benannt, mit denen die Herausforderungen der Flüchtlingskrise im Rahmen eines langfristig angelegten Programms gemeinsam angegangen werden sollen. Wenn in Nigeria von der EU gesprochen wird, meint man in erster Linie Deutschland. Nigeria sieht seine Position in Westafrika als ähnlich stark an. Auch deshalb betrachtet man sich als natürlicher, auf gleicher Augenhöhe agierender Partner Deutschlands und erwartet ganz selbstverständlich, auch so wahrgenommen zu werden.

Da die nigerianischen Sicherheitskräfte bei der Eindämmung und Bewältigung der Krisen eine Schlüsselrolle spielen werden und gleichzeitig Teil des Problems sind, sollte es sich Deutschland zur Aufgabe machen, (bilateral oder im Rahmen der EU) die Professionalisierung der Streit- und Sicherheitskräfte in allen Bereichen mit durchgreifenden und nachhaltigen Maßnahmen zu unterstützen. Polizei und Militärkräfte könnten zum Beispiel in »Crowd and Riot Control« trainiert werden. Eine breit angelegte, institutionalisierte Ausbildung könnte mittelfristig eine Kultur entstehen lassen, in der Streit- und Polizeikräfte als vertrauenswürdige Staatsdiener auftreten, »ihrer Bevölkerung dienen« und nicht nur ihre Machtposition ausnützen. Dies würde auch den Kampf des Präsidenten Buhari gegen die Korruption unterstützen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2016
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364